

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags. Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post-Laufzettel 3334) ohne Beleggeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportage wöchentlich 30 A frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 A. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 A. Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberky in Hamburg.

Sonntag, den 28. Oktober 1900.

Anzeigen werden die sechspaltigen Beilagen oder deren Raum mit 30 A. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet. Anzeigenannahme in den Filialen, sowie in sämtlichen Annoncen-Büros. Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Filialen: Nord-St. Pauli, Einsbüttel, Langenfelde, Lohstedt und Eidelstedt bei Carl Dreyer, Belle-Alliancestr. 54, pl. I., Einsbüttel. Hohenluf, Eppendorf, Groß-Vorstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmannweg 51, Eppendorf. Varmbe, Uhlenhorst bei Theodor Peterreit, Heitmannstraße 12, Varmbe. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Drelle, Baustr. 26, Hs. 3, 1. Etage, Borgfelde. Hammerbrook, Notenburgsort, Willwärders und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Gildes, Wandsbek und Pönschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 89, Altona. Ottenfen, Bahrenfeld, Othmarschen-Blankenese bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottenfen.

Vierzwei Beilagen und das illustrierte Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“.

Der Landproletariat.

Ein niederbayerischer Zentrumsmann hat seinen Wählern die Mitteilung gemacht, die bayerische Zentrumsfraktion werde im Landtage zu München beantragen, vom Staate zu zahlende Prämien einzuführen, um der „Leutenoth“ auf dem Lande abzuwehren. Nach fünfjähriger Dienstzeit sollen die landwirtschaftlichen Arbeiter M. 250, nach 10jähriger M. 500, nach 20jähriger M. 1000 aus staatlichen Mitteln erhalten. Das würde also für den ländlichen Arbeiter einen Staatszuschuß von M. 50 pro Jahr bedeuten. Es mag nicht wenige landwirtschaftliche Betriebe geben, wo außer der Zuwendung an Wohnung, Naturalien und Nahrungszug an Ackerland die ganze Baarentlohnung nicht mehr als M. 50 pro Jahr beträgt, und die Großgrundbesitzer und Großbauern, bei denen solches der Fall, werden dem Vorschlage zustimmen. Wenn er ausgeführt wird, dann brauchen sie ihren Arbeitern keinen baaren Lohn mehr zu bezahlen, denn bei der Einstellung verpflichten sie dieselben einfach auf je 5 Jahre und verpflichten sie auf die Prämie oder sie zahlen Lohn, bedingen sich aber aus, daß sie die Prämie selbst einstreifen dürfen. Die Landwirthe im bayerischen Zentrum, die nur landwirtschaftliche Interessen kennen und das Vorhandensein anderer maßgebender Interessen im Staat und in der Gesellschaft leugnen, werden sich nicht im Geringsten scheuen, einen solchen Zuschuß aus den Taschen der Steuerzahler zu beanspruchen, während die ländlichen Arbeiter wenig oder nichts davon haben. Die oben angeführte „Lohnregulierung“ tritt ganz von selbst ein; gleichviel ob die Löhne höher oder niedriger sind, mit der Zeit wird es allgemein Brauch werden, die Prämie vom Lohne in Abzug zu bringen. Wie lange wird es dann noch dauern, bis die Dreifachheit der Agrarier auch bei dem Verlangen antwortet, daß der Staat ihnen auf Kosten der Gesamtheit Arbeiter gratis stellt, während sie nach wie vor den Ertrag ihrer Wirtschaft einstreifen!

Nun, die Prämien sind noch nicht Gesetz und die Mehrheit des bayerischen Landtages wird das Verlangen nach solchen Dingen vielleicht doch etwas zu weitgehend finden. Es giebt auch im Zentrum Leute, die vor solchen Schritten zurückweichen, wenn auch gerade diese Partei nachgerade sich genötigt sieht, zu den außerordentlichen Mitteln zu greifen, um ihren gefährdeten politischen Kredit noch mißlich zu erhalten. Was aber dem Vorschlage von vornherein eine gewisse Bedeutung giebt, das ist die Art und Weise, wie sich die agrarische Agitation solcher Dinge zu betätigen pflegt. Der Reichstag hat bekanntlich den Agrariern nicht geringe Geschenke gemacht, aber er hat damit die Begehrlichkeit der Junker, der Rittergutsbesitzer und der Großbauern nur bis zur Unerfüllbarkeit gesteigert. Ueber eine gewisse Grenze ist der Reichstag bis jetzt nicht hinausgegangen.

Die agrarische Agitation hat sich darum auf die Einzellande geworfen, um dort zu erreichen, was ihr im Reichstage verweigert bleibt, soweit dies möglich. Man denke an die Verträge, in den Einzellanden eine Bestrafung des Kontraktbruchs bei ländlichen Arbeitern herbeizuführen, wie sie der Reichstag bisher stets von sich gewiesen hat. Der famos gedachte der Prämien für ländliche Arbeiter wird ohne Zweifel von den Agrariern der anderen deutschen Vaterländer auch aufgegriffen und eifrig propagiert werden. So kann es kommen, daß er da oder dort zur Verwirklichung gelangt.

Wichtig, daß sich die ländlichen Arbeiter im Anfang durch solche Prämien täuschen lassen. Den Dienstboten der Städte hängt man nach langer Dienstzeit Grenzen um. Es mag Unruhe unter ihnen geben, denen das schmeichelt; im Allgemeinen „zieht“ es nicht. Geldbrämen ziehen an sich schon besser. Aber die Landarbeiter werden bald merken, daß der Gehalt nur ein scheinbarer ist, wenn erst die Prämie mit Rücksicht auf die Prämien „reguliert“ sein werden.

Selbst wenn die Landproletarier an dem scheinbaren Vortheil der Prämien festhalten wollen, so wird ihnen durch die Thatfachen bald klar gemacht werden, daß die Agrarier keineswegs gewillt sind, ihnen wirkliche Zugeständnisse zu machen. In Preußen lautet die Parole ganz anders. In dem falschen Landesherrn aus Bayern gefell sich dort die Peitsche. Denn dort verlangen die Agrarier ganz unerschrocken den Wohnungsnachweis für die vom Lande in die Städte zehenden Arbeiter. Wie es heißt, sollen sie Aussicht haben, das durchzuführen. Wenn dem so ist, dann ist die Freizügigkeit für einen großen Theil der ländlichen Arbeiter so gut wie aufgehoben. Allerdings werden eine Menge von ländlichen Arbeitern, die sich in der Stadt erst Arbeit suchen wollen, durch den Wohnungsnachweis auf Schwierigkeiten stoßen. In Preußen wird momentan das Abströmen ländlicher Arbeiter nach den Städten sich ganz von selbst weniger stark geltend machen, da der Aufschwung der Industrie vorüber ist und deren Produktionsfähigkeit ganz von selbst sich einschränken muß. Das muß auch der „Leutenoth“ auf dem Lande einigermaßen Eintrag thun, wie aus einigen Distrikten

auch gemeldet worden ist. Im Ganzen aber wird die Leutenoth auf dem Lande bestehen bleiben, mit und ohne Pflicht des Nachweises einer Wohnung für die in den Städten anziehenden Arbeiter. Denn die Leutenoth entspringt aus ganz bestimmten Ursachen und kann mit Zwangsmaßnahmen, die an die Pächtererei langwierigeren Zeiten erinnern, nicht beseitigt werden.

Es gilt nicht, neue Zwangsmaßnahmen einzuführen, sondern die alten zu beseitigen. Zu diesen rechnen wir in erster Linie die Gefindeordnungen mit ihren veralteten Bestimmungen, die den ländlichen Arbeitern die politischen Rechte verflummern oder ganz nehmen. Sie sind einer der Hauptverursacher der Massenflucht der ländlichen Arbeiter nach den Industriegebieten. Die Gewerbeordnung verhängt ganz gewiß auch keine idealen Zustände, aber unter ihr kann sich der Arbeiter denn doch eher als Mitglied der modernen Gesellschaft fühlen, unter den Gefindeordnungen gebürt er noch der Feudalzeit an.

Die Besorgnis der reaktionären Elemente vor einer Gährung unter den ländlichen Arbeitern, die verzweifeltten Versuche, sie im Zaum zu halten und von der ganzen modernen Entwicklung abzusperren, beweisen allein schon, daß auch in jener bisher so gewaltsam niedergebaltene und dadurch notwendiger Weise zurückgebliebenen Klasse sich bedeutende Veränderungen von unten auf vollziehen. Nur Junker und Pfaffen mögen sich einbilden, eine nach Millionen zählende Kategorie der Bevölkerung innerhalb des ganzen modernen Getriebes wie mit einer chinesischen Mauer umgeben und von jeder Mitbestimmung an den geselligen Bestrebungen des gesammten Volkes abhalten zu können. Das geht eben einfach nicht zu einer Zeit, da die Entwicklung des Verkehrsweßens in alle alten Schranken Breche legt, ganz abgesehen davon, daß auch jeder Schimmer einer Berechtigung zu solchen Vorgehen fehlt.

Die Unterdrückungs- und Züchtungsversuche der Agrarier gegenüber den ländlichen Arbeitern werden eine ganz andere Wirkung haben, als man erwartet. Das Klassenbewußtsein wird bei den ländlichen Arbeitern aber doch erwachen; dazu tragen der Leutenoth und die Umarmung der Agrarier ihr vollgereichtes Maß bei. Ist es aber erst einmal so weit, dann hat die politische Herrschaft von Junker und Pfaff bald ein Ende.

Die Zuchthausgesetz-Liebesgabe der Scharfmacher.

Die Diskussion über die Entschuldigungen der finanziellen Beziehungen zwischen Reichsamt des Innern und Scharfmacherverband dauerte fort. Gegenüber der gewaltigen Entschuldigungen in weitaus größter Teil der Presse sind die Scharfmacher-Organen selbstverständlich eifrig bemüht, den Fall möglichst zu verzerren, die Thatfachen zu verunkeln und die gesunde Moral durch allerlei Verleumdungen und Beschuldigungs-kampanien zu verfluchen. Den konservativen und agrarischen Organen, die sich nicht einbilden, die Affäre hinzustellen als eine sozialdemokratisch-liberale Partei-Jurisdiktion, die den Zweck habe, Graf Posadowsky, den Vertheidiger sozialdemokratisch-agrarischer Bestrebungen, zu fälschen, haben sich jetzt auch Zentrumsblätter angeschlossen. Die „Germania“ bemerkt nur noch, daß die „Häden der Intrigue“ bloßgelegt werden, meint jedoch, daß sich dieselben „mehr und mehr erkennen lassen“. Dem folgt sie hinzu:

„Es ist doch sehr auffällig, daß erst jetzt und gerade im gegenwärtigen Augenblick ein sozialdemokratisches Blatt in die Sage verfallen worden ist, das Schreiben des Generaldirektors des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu beschuldigen und die Thatfachen zu verfluchen. Man kann unmöglich annehmen, daß der Zentralverband deutscher Industrieller ein sozialdemokratisches Mitglied in seinen Reihen zählt, dem das Mandat für den Reichstag von der Seite um einen Beitrag zu den M. 12000 zum Zwecke der Agitation für die „Zuchthausvorlage“ zugegangen ist. Ein solcher sozialdemokratischer Industrieller würde zweifelsohne sofort davon Gebrauch gemacht und diesen Zweck seinen Brief der sozialdemokratischen Presse oder der sozialdemokratischen Fraction übergeben haben.“

Diese Gedankenkombination macht dem „Scharfmann“ des ultramontanen Blattes als Ehre. Gläubt daselbst etwa, mit diesem „auf den Wuchler“ einen außersichlichen Mittelweg über die Herkunft der Wuchler des Wuchler-Viertes zu erlangen? Das wäre eine recht naive Hoffnung, die wohl nicht in Erfüllung gehen dürfte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ führt darin, daß ein Berliner „liberaler Blatt“ geschrieben, Graf Witow müge Posadowsky gegenüber jetzt zeigen, ob er die ihm zugewandte Kraft habe, einen neuen Beweis für das Verbrechen einer Intrigue.

Der bekannte Berliner Korrespondent der „Samb. Nachrichten“ erweist sich, zu behaupten, daß bei der Verfertigung des Wuchler-Viertes eine Fälschung unterlaufen sei: „Durch das in der sozialdemokratischen Presse dem Schreiben vorangesezte Datum wollte diese in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, als ob das Reichsamt des Innern die Industrie für eine Vorbereitung der öffentlichen Meinung zu Gunsten des zu erwartenden Gesetzesworts hätte zahlen lassen. In diesem Sinne bezieht die Sozialdemokratie jenes Schreiben an.“

Diese Unerschämtheit übersteigt denn doch alles Dagegen! Was hier als der Zweck der angeblichen „Fälschung“ behauptet wird, das ist bekanntlich in der Erklärung der amtlichen „Berliner Correspondenz“ unumwunden zugegeben worden. Und dazu hat dann der Schriftsteller in der Verbindung der Wahrheit gelitten ehemaligen Bismarckblattes noch zu bemerken: „Die Angelegenheit, welche durch die Aufklärung in der sozialdemokratischen Presse zu einer Staatsaffaire auch von anderen Propagandan ausgeht, zu werden droht, ist durch die Aufklärung auf das ihr gebührende witzige Maß von Bedeutung zurückgebracht.“

sol ihr „winziges Maß“ von Bedeutung zu sehen sein! So tief ist die politische Moral der Scharfmacher reaktionären Geistes gesunken, daß sie, um hohe Beamte, die ihnen genehm sind, zu schützen gegen einen Sturm gerechter Entrüstung, den öffentlichen Thatfachen fribolö Genuß antun!

Eine rituelle Ausnahme im reaktionären Wuchler-Viertes macht diesmal der „Reichsbote“. Er schreibt, es sei gleichgültig, um welche Person es sich handle, der Kernpunkt sei und bleibe, daß eine Staatsbehörde „Wuchler für eine Agitation von den Elementen gerichtet, denen das Gesetz, für welches agitiert werden sollte, in erster Linie zu Gute kommen würde.“

Selbst die „Pasfowowsky-offiziöse „Allgem. Zeitung“ schwimmt sich — allerdings in der unhaltbaren Voraussetzung, daß ihr hoher Gömmer in die Affäre nicht hinein verwickelt werden könne — zu der Bemerkung aus: „Es kann sein, daß das Verlangen, jene Vorlage schneller gefördert zu sehen, den einen oder den anderen Beamten dazu veranlaßt hat, private Kreise finanziell in Anspruch zu nehmen, was es galt, mit großen Kosten, für die ein Fonds naturgemäß nicht vorhanden war, umfangreiche Geschäfte zu machen und sich zweifelsohnen gegen eine beratende Behörde, die öffentlichen Leutenorts recht schwerwiegende Bedenken zu äußern ließ.“

Und der „Hamburgische Correspondent“, den wohl Niemand in Verdacht haben wird, der Sozialdemokratie feindlich zu wirken, schrieb gestern mit Bezug auf die amtliche Aufklärung: „Uns scheint die Geschichte noch dieser Darstellung ebenso schlimm wie vorher. Daß man im August 1898 Privatmittel der Industrie in Anspruch genommen hat, um „nach der ersten Sitzung“ eines Gesetzesworts, der damals noch fast ein Jahr auf sich warten ließ, für diesen Sitzung zu machen, ist ein geradezu ungeheuerlicher Vorgang, und Herr Wuchler hätte ganz Recht, wenn er dieses Verlangen „eigenmächtig“ fand. Unseres Erachtens ist Direktor von Witow'se durch sein Vorgehen schwer zu kompromittiert und, wenn der Staatssekretär Graf Posadowsky darum gewillt hat, auch die „Reichsbote“.

Die gleichfalls anti-sozialdemokratische „Tägliche Rundschau“ schreibt: „An der politischen Einsicht und dem politischen Willensgehalt der Herren Graf Posadowsky und Dr. Wuchler darf man nach dieser Erfahrung billig zweifeln. Sie haben wieder einmal das leider nur zu wahre Wort des Zentrumsabgeordneten Gröber bestätigt: „Die Sozialdemokratie hat ein Schweißblut“ — einen besessenen Agitationsstoff als die siehlich bis zur Annahme von Geldern erzielende Parteimittel der Regierung für eine Interessentengruppe konnte der Sozialdemokratie gänzlich geliebt werden und schließlich kann an der Wunde, die das Verbrechen, völlig nutzlos und ausbleibende Zuchthausgesetz schlag, gänzlich gerührt werden, als durch die Berührung dieses Giftes, der unsere Regierung in den Schein der Abhängigkeit von der Großindustrie bringt, und dadurch auf die Arbeiterklasse erbitend, auf die öffentliche Moral aber verwirrend wirken nun. Weshwegen zu der Agitation nicht ein Fonds des Reichsamts des Innern stiftet gemacht, statt daß die Großindustriellen mit einer Vetteilerer belegt wurden, noch dazu wegen einer solchen Lappalie, das ist eine der unbegreiflichsten Seiten dieses an und für sich kaum verständlichen Vorgehens.“

„Erläuterter wird es nur, wenn man sich erinnert, welche Rolle das Geld der Scharfmacher in unserer Politik, in der von uns angeführten „Sozialdemokratie“ spielt und wie es allenfalls demoralisierend, die idealen Regungen unseres Volkes diskreditierend und erbitend wirkt. Das ist ein weites Kapitel, über das noch Manches zu sagen sein wird.“

Janoh, daß Geld der Scharfmacher! Kann es eine vernichtendere Anklage gegen unsere nammentlich zugewandten und beherrschte Staats- und Gesellschaftsorgane geben? Doch das stimmt der Scharfmacherpresse nicht. Was geht sie die Moral an? Moral hin, Moral her! Die einzig wahre Moral liegt im Geld. Für Geld kann man die Tugendstempel lassen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit wieder die entsetzliche Korruption, der die „Reichsbote“ aufweist. Einmal ist es die „Reichsbote“, welche unter Aufbruch der dementen, heuchlerischen „Wachen vom Volk, Treu und Glauben für die Regierung“ verlangt!

Der Berliner „Wochenschrift“ zieht eine richtige Konsequenz: „Wenn es erlaubt sein soll, daß die Regierung aus den Fortemomais einer Handvoll Interessenten Subventionen wird für propagandistische Zwecke auf einem Gebiete, dann muß es auch erlaubt sein, daß das Volk fragt: Wie viel läßt sich das Agrarierthum die Fleischnetze, die Zuderprämie, die Prämienliebesgabe, den Brotwuchlerzoll, d. h. die Propaganda für alle diese Dinge kosten? Was zahlen die Wuchler-Viertes für die Verlesung von Propaganda an die zukünftigen Wähler? Ist aus Rom eine Sendung von M. 12000 unterwegs für Propagandazwecke zu Gunsten der Aufhebung des Zuchthausgesetzes? Wie viel beträgt die tatsächliche Liebesgabe für die Propaganda zu Gunsten der Nichternennung in die amnestischen Gräuel? Was läßt sich England die Verleumdung der abhängigen deutschen Presse in englensbräunlichem Sinne kosten? Wer läßt sich, muß sich gefallen lassen, daß Andere Wuchler.“

Die Wiener „Neue freie Presse“ fällt folgendes Urtheil: „Der Fall, um den es sich handelt, gehört zu jenen, die von Zeit zu Zeit grell in das allgemeine Aderwerk der Regierungsmaschinen hineinleuchten. Daß er auch in Deutschland möglich ist, darin liegt die peinliche Verblüffung, die er verursacht. Wenn man sich erinnert, wie heilig dort die öffentliche Meinung sich gegen die „Zuchthausvorlage“ auflehnte, und mit welcher Gemüthsregung die Verlesung derselben durch den Reichstag verurtheilt wurde, so bereist man, um wie viel leichter man der Hof als Grundlage für die Verhandlungen über die Zuchthausvorlage werden, daß wegen dieses geblühenden Verleumdung, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit Zuchthausstrafen zu durchbrechen, das Reichsamt des Innern zu kompromittirenden Agitationsmitteln griff. In Deutschland ist man nicht gewohnt, hinter dem Schleiher, der die intimen Schranken des Regierungs-Apparates verläßt, jene seltsamen Widersprüche zwischen der politischen und der privaten Moral zu erblicken, und wenn ein solcher einmal aufgedeckt wird, so bännt sich das öffentliche Gewissen gerade so empört, als ob es durch eine Verleumdung der privaten Moral empört wäre.“

Was wird nun wieder der rassistische Effekt der Affäre sein? Die Frage geht auf die dort an dem wörtlichen „Germania“ läßt den Ministerialdirektor von Witow'se fallen, will aber nichts vom Reichsamt Posadowsky's wissen. Reichlich pridet sich das offizielle Parteiorgan der Nationalallianz auf, welches gleichzeitig mittheilt, daß die maßgebende Stelle im Reich keinen Anlaß zur Robiettsfrage in der Sache erblickt. Die „Frankf. Zig.“ meint dazu: „Wenn damit gelangt sein soll, daß der Reichsfinanzler Graf v. Witow den Grafen Posadowsky zu halten wünscht, so müge das richtig sein, weil er den eingearbeiteten und fähigen Mitarbeiter gewiß ungern entbehren würde. Es fragt sich nur, ob Graf Posadowsky zu halten ist gegenüber den Angriffen der Sozialdemokraten im Reichsbote.“

„Nach dem Berliner Tageblatt“ denkt Graf Posadowsky nicht daran, zurückzutreten. Für die That des Ministerialdirektors v. Witow'se glaubt sich der Staatssekretär mit der Person des Kaisers zu können. Der Staatssekretär habe geglaubt, heißt es im „Berl. Tagebl.“, „den Wünschen des Kaisers zu entsprechen, wenn er Alles daran setzte, um die Vorlage durchzuführen.“

Wir glauben nicht, daß dem Kaiser und dem monarchischen System durch Hineinziehung des Monarchen in die Affäre ein guter Dienst erwiesen wird. Doch das haben die verantwortlichen Personen mit sich abzumachen. Sollte die Mitteilung des „Berl. Tagebl.“ sich bestätigen, der Staatssekretär sich mit der Person des Kaisers zu bedenken, so würde die öffentliche Meinung für Urtheil über die Affäre konsequent ausgefallen haben.

Die chinesischen Wirren.

Zur Vorgeschichte der gegenwärtigen Situation in China liegen heute zwei bemerkenswerthe Auslassungen vor. Die eine ist in der „Fortnightly Review“ erfolgt und geht von dem langjährigem Leiter des chinesischen Zollwesens, Sir Robert Hart, aus. Sie hat in London großes Aufsehen erregt. Nach einem Auszug der „Woch.“ besagt er, daß die Vorerregung als nationale Erhebung, die von der chinesischen Regierung angeregt und begünstigt wurde, weil sie die Herrschaft genommen hatte, daß nur ein großer an gelegtes Freiwilliges Verzeihen des Reichs das Reich gegen die Eingriffe der Fremden sicher stellen konnte. Die Vorerregung wurde von einigen fremden Gelehrten als sehr bedeutsam betrachtet, aber etwa darauf entsetzte Wirren wurden erst im September erannt und alle Warnungen blieben unbeschachtet. Hart meint, die Vorerregung hätte nur Schlimmeres erlitten, und in einer nicht zu fernem Zukunft würden 20 Millionen derselben mit gefährlicheren Waffen als Speeren ausgestattet sein, ihre Politik: „China für die Chinesen; hinaus mit den Fremden!“ durchzuführen. Das sei die wirkliche Gefahr.

Sie wird also von einem ausgesprochenen Gegner der westlichen Chinesen bestätigt, daß die europäischen Diplomaten in Peking die Sachlage total falsch beurtheilt haben. Gleichwohl wird in der Chinesenpolitik nach den falschen Aufstellungen der Peking-Diplomaten weitergearbeitet.

Für die Schuldfrage erbringt der frühere deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, in einem Artikel der soeben erschienenen Nummer der „Nation“ neues Material. In einer Beschreibung der Forderungen, die von den Gelehrten im Auftrag der Wächter an China gestellt worden sind, sagt Herr v. Brandt:

„Ganz besonders schwierig wird sich die Frage wegen der Einführung neuer Steuern zu machen, die der chinesischen Regierung zufließen, wenn auch nicht während der ersten Zeit, so doch später. Und wie wird dadurch nicht erleidet werden, daß die Verwendung der Steuern wegen der Gelehrten im Juni d. J. nicht eine solche gemeinlich ist, wie sie sich nach dem Vollerrecht rechtfertigt. Die ersten Chinesen, die sich der Gelehrten angeschlossen haben, sind die ersten angehängten, auf den Straßen und in Tempeln niedergeworfen worden. In mandchen der von Augenzeugen angeführten Fälle kann die Entrüstung über den Mord und die Willkür eingeborener Chinesen als Erklärung der Entschuldigung dienen; aber wenn, wie dies letztere zu beweisen scheint, die von den Subordinaten der Kaiserthron auf die in der Chinesenpolitik erregenden Vorerregung geblieben sind, und einige vierzig derselben getödtet worden, ohne daß die Leute den fremden Angriffern auch nur die geringste Veranlassung gegeben hätten, so kann man das dringende Verlangen der chinesischen Behörden nach der Entfernung der Schutzwachen wohl auch aus anderen Gründen als den ihnen untergelegten erklären, die Gelehrten wiederholten zu wollen.“

Man kann ohne Weiteres annehmen, daß Herr von Brandt eine so schwere Anklage wegen Verletzung des Völkerrechts nicht erheben würde, wenn sie nicht berechtigt wäre. Aber vorher nehmen die europäischen Gelehrten noch den Wunsch, wegen Verleumdung der Chinesen zu verlangen von den Chinesen, wenn sie selbst so schwere Verleumdungen auf dem Gewissen haben. Das können man allenfalls verstehen und aus dem Recht des Siegers erklären, wenn China in Wirklichkeit ein besiegtes Land wäre; wie weit wir aber davon entfernt sind, beweisen die Darlegungen Robert Harts. Die europäischen Diplomaten und Seerführer haben alle Ursache, sich darzulegen, daß ihnen in China nicht etwa das Schicksal bereitet wird, das den ersten Napoleon in Rußland ereilte.

Der „Frankf. Zig.“ wird von einem Spezialcorrespondenten aus Shanghai, 26. Oktober, gemeldet: „Wie ein erlassenes geheimes Dekret bekannt, wurde der kaiserliche Hof von den Vizekönigen und Gouverneuren ersucht, nach Peking zurückzukehren. Dies konnte jedoch nur geschehen, wenn die Wächter die unabhängigste China garantieren, was der Hof als Grundlage für die Verhandlungen über die Zuchthausvorlage werden, daß wegen dieses geblühenden Verleumdung, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit Zuchthausstrafen zu durchbrechen, das Reichsamt des Innern zu kompromittirenden Agitationsmitteln griff. In Deutschland ist man nicht gewohnt, hinter dem Schleiher, der die intimen Schranken des Regierungs-Apparates verläßt, jene seltsamen Widersprüche zwischen der politischen und der privaten Moral zu erblicken, und wenn ein solcher einmal aufgedeckt wird, so bännt sich das öffentliche Gewissen gerade so empört, als ob es durch eine Verleumdung der privaten Moral empört wäre.“

Nach einem Telegramm des „Express“ aus Hongkong haben blutige Kämpfe im Bezirk Kwaijin im östlichen Theile der Provinz Kwangtung zwischen Rebellen und der Bevölkerung stattgefunden. Die Re-

bellens verloren anfänglich 200 Mann, dann sammelten sie sich wieder und behielten in zweitägiger Schlacht die von kaiserlichen Truppen geführte Bevölkerung; zweitausend Mann der letzteren wurden getödtet und die kaiserlichen Soldaten wurden gefangen genommen.

Dem chinesischen Gesandten in Washington, Wüningfang, zugegangene Meldungen besagen, Prinz Tuan sei gebüdet worden, den Hof nach Singanku zu begleiten; er bleibe in Schank, wo er keinen weiteren Einfluß auf den Thron ausüben könne.

Von der Weltbühne.

Die Stichwahl in Brandenburg-Westphalen hat, wie unsere Leser schon aus dem Telegramm in der gestrigen Nummer ersehen haben, einen Sieg der Sozialdemokraten mit einer kaum zu erschöpfenden Majorität gebracht. Nach weiter als unser Telegramm gehender Zusammenstellung hat Genosse Weiss 10991 Stimmen erhalten, der Konserbative v. Loebell 10843. Das wäre ein Vorsprung von rund 650 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 18. Oktober hatte Weiss 9509, Loebell 7116 und der Freiwilrige Wode 3418 Stimmen. Es sind bei der Stichwahl also rund 1800 Stimmen mehr abgegeben worden als am 18. Oktober. Weiss hat rund 1500 Stimmen mehr erhalten, während Loebell fast genau dieselben Stimmen zu bekommen hat, als im ersten Wahlgang der Freiwilrige hatte; nur 200 Stimmen fehlen daran. Das steht in Bezug auf das Verhalten der Freiwilrigen sehr beachtlich aus. Es läßt die Wahlmännung begründet erscheinen, daß die überwiegende Mehrheit der Freiwilrigen thätiglich die selbständigeren Politik befolgt hat, für den Konserbativen zu stimmen. Bieleicht haben sie sich entgegen lassen durch eine vom Vorliegenden des nationalliberalen Wahlvereins in Brandenburg, Prof. Büsch, im „Brand. Anz.“ veröffentlichte Erklärung des Herrn v. Loebell, die dieser auf eine an ihn gerichtete Anfrage über seinen wirtschaftlichen Standpunkt abgegeben hat. Diese Erklärung lautete:

„Wie ich dies in meinen Wahlreden, insbesondere in Brandenburg und Rathowen, geäußert habe, erlaube ich auch hiermit ausdrücklich, daß ich für eine gleichmäßige Berücksichtigung der Interessen der Industrie und der Landwirtschaft bei Abreglung des Zolltarifs begin, den Abschluß von Handelsverträgen unbedingt eintreten und insbesondere in Rücksicht auf die große Industrie meines Wahlkreises einer beratigen Erhöhung der Zölle, die durch den Abschluß von Handelsverträgen mit langer Bindung für die Industrie unmöglich gemacht würde, meine Zustimmung verweigern würde. Die vorstehende Frage habe ich gern und ohne Vorbehalt beantwortet, weil sie eine bromende ist und weil ich weiß, daß ein großer Theil der Wähler auf ihre Verantwortung einen großen Werth legt. Im Uebrigen habe ich aus der vorigen Wahl und aus meiner Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages die Ueberzeugung gewonnen, daß es falsch und unwirksam ist, sich auf theoretische Eingelassen, die gar nicht zur Geltung kommen, sondern nur der Wähler gewissenmaßen festzuhalten. Ich habe schon an verschiedenen Stellen geäußert, daß die Wunde der Sozialdemokratie und irgend einer Parteigruppe irgend welche bindende Erklärungen über meine zukünftige politische Haltung in Einzelfragen abzugeben. Im Uebrigen habe ich aus meinem politischen Standpunkt niemals einen Hehl gemacht, habe oft genug betont, daß ich kein einseitigen Interessenpolitiker bin, sondern das Wohl der Gesamtheit und aller einzelnen Erwerbsstände zu fördern suchen werde, habe u. a. mich auch auf den Boden des geltenden Reichstagswahlrechts und der bestehenden Koalitionspolitik gestellt.“

Dem Konserbativen hat diese bedächtige Erklärung und den Freiwilrigen ihre fälschliche Haltung nichts genügt. Mit Stolz können wir jetzt sagen: Weiss ist trotz dem genügt, ohne wesentliche Wahlhilfe von anderer Seite. Und somit haben wir volles Recht, den Sieg als einen glänzenden zu bezeichnen und können uns derselben um so mehr freuen, als nunmehr Aussicht ist, den Kreis auf die Dauer zu behaupten, auch wenn sich alle Gegner zusammen werfen.

Der Sieg ist ebenso eine Abgabe an die Agitation der Vortruppschiffe wie an die West- und Chinesenpolitik. Daß er in einem Wahlkreis mit starker Landbevölkerung erzielte ist, macht den Sieg um so bedeutsamer.

Im Wahlkreis Wanzleben erhielten bei der am Freitag stattgehabten Stichwahl nach den bisherigen Feststellungen Fabrikbesitzer Schmidt (Vd.) 8692, Grelach (Ed.) 6484 Stimmen.

Zur Zolltariffrage bringt die „Köln. Zeitung“ folgende offiziöse Mitteilung aus Berlin: „Wiesbad“ wird gemeldet, daß der neue Zolltarif den wirtschaftlichen Ansichten eines Mannes, wegen Verleumdung der Chinesen zu verlangen von den Chinesen, wenn sie selbst so schwere Verleumdungen auf dem Gewissen haben. Das können man allenfalls verstehen und aus dem Recht des Siegers erklären, wenn China in Wirklichkeit ein besiegtes Land wäre; wie weit wir aber davon entfernt sind, beweisen die Darlegungen Robert Harts. Die europäischen Diplomaten und Seerführer haben alle Ursache, sich darzulegen, daß ihnen in China nicht etwa das Schicksal bereitet wird, das den ersten Napoleon in Rußland ereilte.“

Zu der gestern mitgetheilten Auslassung der „Berl. N. Nachr.“ über eine Gegenseite in den Reichsbote, betreffend die Gestaltung des neuen Zolltarifs, bemerkt die „Berl. Zig.“, es handle sich nicht um ein „Wettergespräch“, sondern um die Frage, ob durch das Eingetragenen des Reichsamts des Innern gegen die Agrarier Handelsverträge von vornherein unmöglich gemacht werden sollen. Ein solcher Gegenstand, wie er zwischen dem Reichsamtamt und dem Reichsamt des Innern in der Frage des Doppelzolltarifs vorhanden ist, läßt sich aber nicht überbrücken durch einen Kompromißschlag, der nach dem „Berl. Neue Nachr.“ „vorläufig“ für gewisse Positionen des Zolltarifs Doppelzoll in Form des